

19. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Konsequenzen aus der DEVI-Studie: Toleranzwahn beenden und religiösem Mobbing, konfrontativer Religionsbekundung und islamistischer Ideologisierung wirksam entgegenzutreten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, Konsequenzen aus der im Dezember 2021 veröffentlichten DEVI-Studie zu ziehen und für alle Berliner Schulen ein qualifiziertes grundrechtsklares Unterstützungsangebot zu schaffen, um wirksam gegen religiöses Mobbing, konfrontative Religionsbekundung und islamistische Ideologisierung vorzugehen.

1. Der Senat wird aufgefordert, die „Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung“ des DEVI e.V. dauerhaft finanziell abzusichern und den bedarfsgerechten Ausbau ihrer Arbeit gegen konfrontative Religionsbekundung zu unterstützen. Aufgabe der Stelle wird es sein, mehr Erkenntnisse über das Ausmaß konfrontativer Religionsbekundung an Schulen zu liefern, die Vorfälle zu dokumentieren und die Schulen bei der Bearbeitung von Vorfällen und der Prävention zu unterstützen.
2. Der Senat wird aufgefordert, zur Entwicklung von angemessenen Erfassungs-, Analyse- und Bewertungskriterien das Phänomen der konfrontativen Religionsbekundungen unter Einbeziehung externer wissenschaftlicher Begleitung landesweit erforschen zu lassen.
3. Der Senat wird aufgefordert, unter Nutzung der Expertise des DEVI e.V. die Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer an Berliner Schulen „Islam und Schule“ zu überarbeiten und um die Aspekte „konfrontative Religionsbekundung“ und „religiöses Mobbing“ zu erweitern.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. November 2022 zu berichten.

Begründung

„Konfrontative Religionsbekundung“ als Problem an Berliner Schulen

Für den Erhalt des gesellschaftlichen Friedens muss der Entstehung und Ausweitung von Parallelgesellschaften entschieden entgegengewirkt werden – dieses Ziel muss auf allen Ebenen des Regierungshandelns mitgedacht werden. Das Vorgehen gegen „konfrontative Religionsbekundung“ und „religiöses Mobbing“ an Schulen ist dabei nur *ein* Baustein.

Die sogenannte „konfrontative Religionsbekundung“ ist als Problemlage bereits seit längerem bekannt. Schon vor einigen Jahren wurde aus Berliner Schulen berichtet, dass (pseudo)religiös motiviertes Mobbing zunimmt, dass Mitschüler drangsaliert werden, bei Gebeten mitzumachen, oder Mädchen bedrängt werden, die ihr Haar nicht mit einem Kopftuch verhüllen wollen.¹ Erst 2018 kam eine aufgeheizte öffentliche Debatte um religiöses Mobbing an Berliner Grundschulen auf, nachdem unter anderem eine Zweitklässlerin von muslimischen Mitschülern mit dem Tod bedroht wurde. Die Eltern eines anderen religiös gemobbten Grundschülers vertröstete das Schulamt lediglich mit dem Hinweis, dass das Problem bekannt sei und viele die Schule wechseln wollten.² Vor dem Hintergrund dieser Ereignisse konstatierte der Psychologe und Islamismus-Experte Ahmad Mansour seinerzeit, dass Mobbing aus religiösen oder kulturellen Gründen an Schulen deutlich zunehme. Dabei machte er auf das eigentlich zugrunde liegende Problem, nämlich die Intoleranz muslimisch geprägter Kinder und Jugendlicher aufmerksam und mahnte: „Mit der Radikalisierung von Jugendlichen hat sich auch ein bestimmtes Islamverständnis breit gemacht“.³ Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, forderte, eine bundesweite Statistik für Vorfälle dieser Art zu erstellen.⁴

Auch gegenwärtig werden dem Verein DEVI e.V. aus Berliner Schulen „häufig Fälle konfrontativer Religionsbekundungen zurückgemeldet“. Dass bereits jüngste Schülerinnen und Schüler in Berlin mit „religiös begründeten Abwertungserfahrungen konfrontiert werden, illustriert die Dringlichkeit der vielfältigen Problemlagen, die von verbalen Beleidigungen zu Gewaltvorfällen“ innerhalb der Schülerschaft und „Respektlosigkeiten besonders dem weiblichen Personal gegenüber reichen“. Lehrkräfte fühlen sich oft überfordert und vermeiden es, diese Themen anzugehen. Doch wo keine pädagogischen Konzepte zur Bearbeitung dieser Problemlagen greifen, steigt das Radikalisierungsrisiko erheblich. Dies gilt insbesondere für ältere Schüler.⁵

Konfrontative Religionsbekundungen schlagen sich etwa in folgenden Verhaltensweisen nieder: Konflikte um religiöse Kleidung, Forderung von Gebetszeiten und Gebetsräumen, Nichtteilnahme an schulischen Aktivitäten, Verweigerung von Aufgabenstellungen, Beanspruchung von Sonderrechten, systematische und lang anhaltende Demütigungen und Beleidigungen entlang von religiösen Themen bzw. religiös konnotiertem Alltagsverhalten, Anpassungsdruck (besonders auf muslimische Schülerinnen) etc.⁶

¹ Vgl. Caroline Fetscher: [Wie Salafisten Schule machen](#), Der Tagesspiegel, 7. Juli 2014.

² Vgl. Focus: [Religiöses Mobbing an Berliner Schulen, Zweitklässlerin angeblich mit Tode bedroht: Mutter schildert weiteren Vorfall](#), 26. März 2018.

³ Vgl. Berliner Morgenpost: [Nach Todesdrohung: Islam-Experte Mansour fordert Schulreform](#), 28. März 2018.

⁴ Vgl. FAZ: [Nach Vorfall an Grundschule: Religiöses Mobbing alarmiert Politiker](#), 27. März 2018.

⁵ DEVI e.V. (Hrsg.): [Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung](#), Vorabversion vorgelegt für das Bezirksamt Neukölln, Dezember 2021, S. 13 f.

⁶ Ebd., S. 20.

1. Die Arbeit des DEVI e.V. im Bereich Prävention von konfrontativer Religionsbekundung und Islamismus finanziell absichern

Als einer der wenigen Träger in der Islamismusprävention hat sich der DEVI e.V. in enger Zusammenarbeit mit Kurt Edler mit dem von ihm beschriebenen Phänomen der „konfrontativen Religionsbekundung“ auseinandergesetzt. Dabei steht die Entwicklung einer angemessenen pädagogischen Haltung im Zentrum.⁷ Der DEVI e.V. arbeitet seit 2017 auch im Bereich Prävention von konfrontativer Religionsbekundung und Islamismus in Schulen. Ziel der Arbeit ist es, für alle Kinder und Jugendlichen (darunter liberale Muslime, Aleviten und Religionsfreie) die freie Persönlichkeitsentfaltung zu sichern und religiösen Druck durch Mitschüler von ihnen zu nehmen. Zu den thematischen Schwerpunkten „konfrontative Religionsbekundung“ und „Islamismus in Schulen“ vermittelt der DEVI e.V. das Wissen über diese Phänomene und über Wege und Methoden, erfolgreich dagegen vorzugehen. Bis dato haben bereits über 60 Lehrkräfte von insgesamt 30 Berliner Schulen an einer entsprechenden Fortbildung zum Beratungslehrer teilgenommen. Der DEVI e.V. sieht einen Bedarf, diese Fortbildungen in den kommenden Jahren fortzusetzen und das Netzwerk auszubauen.⁸

Auch die jetzige Bildungssenatorin Astrid-Sabine Busse gehört zu den Unterzeichnern des offenen Briefs, der forderte, die Arbeit der Beratungs- und Fortbildungsstelle des DEVI e.V. finanziell abzusichern.⁹ Zum Thema „konfrontative Religionsausübung“ an der Grundschule in der Köllnischen Heide äußerte sich Bildungssenatorin Busse in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Interessenverbandes Berliner Schulleitungen e.V. (IBS) gegenüber dem Deutschlandfunk wie folgt: „Das hatten wir auch schon, dass sich ein Zehnjähriger vor einer Kollegin aufbaut, die arabischstämmig ist, und sagt: ‚Du bist keine gute Muslima, wie du hier so aussiehst‘.“¹⁰

Die rot-grün-rote Koalition dagegen redet das Problem klein oder betrachtet es als nicht existent. Ob die „Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung“ im Jahr 2022 ihre Arbeit aufnehmen kann, ist unklar, eine weiterführende Finanzierung gibt es bislang nicht.¹¹

2. Weitere Erforschung

Solange weder die Dimension konfrontativer Religionsbekundungen an Berliner Schulen bekannt noch klar ist, womit man es im „Spannungsfeld zwischen extremistischer Agitation und alltagsreligiösem Verhalten von Jugendlichen“ zu tun hat, können präventive Maßnahmen nicht gezielt greifen. Der DEVI e.V. schlägt daher die Einrichtung einer *Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung* in Berlin-Neukölln vor, die Vorfälle an den dortigen Schulen erfasst und auswertet.¹² Das Phänomen der konfrontativen Religionsbekundungen ist erheblich untererforscht. Aus diesem Grund regt der DEVI e.V. zur Entwicklung von angemessenen Erfassungs-, Analyse- und Bewertungskriterien eine externe wissenschaftliche Begleitung an.

⁷ Ebd., S. 23.

⁸ Ebd., S. 8.

⁹ DEVI e.V.: [Offener Brief an die Berliner Senatorin für Bildung, Jugend und Familie Frau Sandra Scheeres und an die Staatssekretärin für Bildung Frau Beate Stoffers](#), 26. November 2020.

¹⁰ Zit. nach: Luise Sammann: [Neukölln will einen Anlaufpunkt für Problemfälle schaffen](#), deutschlandfunkkultur.de, 11. Juni 2021.

¹¹ Frederik Schindler: [Religiöses Mobbing an Schulen? Grüne und Linke halten Studie für antimuslimisch](#), Die Welt, 28. Dezember 2021.

¹² DEVI e.V. (Hrsg.): [Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung](#), a. a. O., S. 42.

Die DEVI-Studie, die islamistische Tendenzen an Berliner Schulen offenbart, wurde an zehn Schulen durchgeführt.¹³ 90 Prozent der befragten Schulen berichteten über regelmäßige Vorfälle im Zusammenhang mit religiös motiviertem Mobbing und Unterdrückung von Mädchen. Die alarmierenden Ergebnisse rufen danach, eine landesweite Untersuchung durchzuführen, um einen umfassenderen Überblick über den Problembereich zu erlangen. Eine landesweite Untersuchung sollte sich aber nicht auf den Phänomenbereich der „konfrontativen Religionsbekundung“ beschränken. Bei der Prävention von Mobbing muss berücksichtigt bleiben, dass Schüler Täter und Opfer sein können. Es gibt nicht nur Mobbing durch muslimische Schüler, sondern auch Mobbing, das sich gegen muslimische Schüler richtet. Das Bemühen um eine diskriminierungsfreie Schule und die Radikalisierungsprävention sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden.¹⁴

3. Handreichung „Islam und Schule“

Lehrer und Schüler müssen vor Angriffen dieser Art besser geschützt werden. Der Weg zu einer verbesserten Prävention verlangt zunächst die Anerkennung der Existenz dieses Problems. Um zu erreichen, dass das Problem der „konfrontativen Religionsbekundung“ in der pädagogischen Praxis ins Bewusstsein gerät und professionell angegangen werden kann, sollte es in der Handreichung „[Islam und Schule](#)“ thematisiert werden. Um den Lehrkräften, die sich laut DEVI-Studie gegenüber der Problematik religiöser Konflikte an Schulen überfordert fühlen, ist es wichtig, die notwendige Handlungssicherheit zu gewinnen. Dies betrifft nicht nur den Schutz von Kindern vor religiös motivierter Übergriffigkeit, sondern auch mögliche Kindeswohlgefährdung von islamistisch sozialisierten Schülerinnen und Schülern. Wichtig ist dabei, mit Schülern nicht in theologische Diskussionen einzusteigen, sondern die Problematik auf der Metaebene zu erörtern.

Berlin, den 18. Januar 2022

Dr. Brinker Gläser Dr. Bronson Weiß
und die übrigen Mitglieder der AfD-Fraktion

¹³ Vgl. Miriam Krekel: [Religiöses Mobbing an Schulen – es besteht dringender Handlungsbedarf!](#), B.Z., 29. Dezember 2021.

¹⁴ Vgl. DEVI e.V. (Hrsg.): [Anlauf- und Dokumentationsstelle konfrontative Religionsbekundung](#), a. a. O., S. 22.